

Grosser, Günter; Weinert, Günter

Article — Digitized Version

Anhaltende Schwäche der Weltwirtschaft: Konjunkturpolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Grosser, Günter; Weinert, Günter (1983) : Anhaltende Schwäche der Weltwirtschaft: Konjunkturpolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 63, Iss. 1, pp. 25-28

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/135756>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KONJUNKTURPOLITIK

Anhaltende Schwäche der Weltwirtschaft

Günter Großer, Günter Weinert, Hamburg

1982 war für die Weltwirtschaft ein weiteres Jahr der konjunkturellen Enttäuschung. Die vielfach prognostizierte allmähliche Belebung von Nachfrage und Produktion im Laufe des zweiten Halbjahres blieb aus, in Westeuropa kam es sogar zu einer ausgeprägten Abschwächung. Andererseits haben sich die Wachstumsbedingungen zumindest in der Mehrzahl der führenden Industrieländer deutlich gebessert. Wird das Jahr 1983 die Tendenzwende bringen?

Erstmals in der Nachkriegszeit wurde 1982 die Möglichkeit einer nachhaltigen Depression als ernsthafte Gefahr diskutiert. Dies um so mehr, als einige Entwicklungsländer die Grenzen ihrer Verschuldungsmöglichkeit im Ausland erreichten bzw. überschritten und ihre Zahlungskrise zu einer schweren Belastung des internationalen Finanzsystems führte. Mit einer Abflachung der Nachfrage aus Entwicklungsländern, namentlich auch aus der OPEC, war zwar gerechnet worden. Doch schränkten diese Länder ihre Importe sogar ein, weil die Exporterlöse infolge rückläufiger Rohstoff- und insbesondere Ölausfuhren sowie eines anhaltenden Preisrückgangs bei diesen Produkten erheblich sanken, während nicht zuletzt die Zinsaufwendungen weiter stiegen. Gleichzeitig nahm vor allem in den westeuropäischen Industrieländern auch die interne Nachfrage weiter ab, und in den USA und Japan kam es zumindest nicht zu der erwarteten Belebung. Der private Verbrauch hat angesichts der gedrückten Entwicklung der realen verfügbaren Einkommen zumeist etwas stagniert. Die Unternehmen aber verringerten ihre Investitionen wegen der hohen Zinsen und der ungünstigen Absatz- und Ertragsersparungen weiter. Auch wurden

im Laufe des Jahres die Lagerdispositionen wieder pessimistischer.

Das schon zu Jahresbeginn gravierende Beschäftigungsproblem hat sich nochmals erheblich verschärft. Die Zahl der Beschäftigten ging fast überall zurück, während die demographisch bedingte Zunahme der Erwerbspersonenzahl anhielt. Ende 1982 waren in den USA und in den großen westeuropäischen Industrieländern zwischen 8 und 12 % der Erwerbspersonen arbeitslos. Darüber hinaus wurde vermehrt Kurzarbeit eingeführt.

Auch in Japan sowie einigen kleineren westeuropäischen Ländern, wo die ausgewiesene Arbeitslosigkeit relativ niedrig ist, hat die verdeckte Unterbeschäftigung erheblich zugenommen. Der innenpolitische Druck, der von der hohen Arbeitslosigkeit ausgeht, wurde in vielen Ländern so stark, daß protektionistische Strömungen deutlich an Boden gewannen. Dies ist ein wesentlicher Unterschied zur Rezession nach der ersten Ölkrise, als die Regierungen der westlichen Industrieländer protektionistische Bestrebungen noch mit Erfolg eindämmten.

Die anhaltende Schwäche von Nachfrage, Produktion und Beschäftigung in den Industrieländern spiegelt insbesondere die restriktiven Wirkungen der Stabilisierungspolitik bei mangelnder Flexibilität von Preisen und Löhnen wider. Vor diesem Hintergrund kommt den im vergangenen Jahr bei der Eindämmung der Inflation erzielten Fortschritten besondere Bedeutung zu: Betrug die im Vorjahresvergleich gemessene Teuerungsrate

Günter Großer, 51, Dipl.-Volkswirt, ist Abteilungsleiter, Dr. Günter Weinert, 41, Forschungsgruppenleiter der Abteilung Weltkonjunktur des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg.

des privaten Verbrauchs in den Industrieländern Anfang 1982 noch durchschnittlich 9 %, so ging sie bis Ende des Jahres auf 6 % zurück. Mit den USA, Japan und der Bundesrepublik Deutschland weisen gerade die führenden Volkswirtschaften eine noch merklich niedrigere Preissteigerung auf; bemerkenswert sind die Stabilisierungserfolge auch in Großbritannien. Andererseits blieb das Inflationsproblem in einer Reihe westeuropäischer Volkswirtschaften noch akut. Dazu zählt namentlich Italien; aber auch in Frankreich ist es mit dem Rückgriff auf staatliche Preis- und Lohnkontrollen noch nicht gelöst.

Insgesamt ist eine Besserung der Rahmenbedingungen im Laufe des vergangenen Jahres in vielen Industrieländern unverkennbar, insbesondere nachdem seit der Jahresmitte auch die Zinsen weltweit merklich gesunken sind. Damit kam ein Prozeß wieder in Gang, der im Herbst 1981 eingesetzt, aber bereits Anfang 1982 ins Stocken geraten war. Ausschlaggebend dafür war die Entwicklung in den USA. Bis zur Jahresmitte fehlte es dort an einer Abstimmung von Geld- und Finanzpolitik. Die Notenbank hielt am Kurs der monetären Restriktion fest, während die Finanzpolitik zu einem raschen Anstieg der Budgetdefizite führte. Dies vor allem, weil die anregenden Wirkungen der vom Herbst 1981 bis Mitte 1983 erfolgten bzw. vorgesehenen Steuersenkungen viel zu optimistisch angesetzt wurden. Die Folge knapper Geldversorgung und verunsicherter Finanzmärkte war ein überaus hohes Realzinsniveau. So nahm die Investitionsneigung weiter ab, statt sich – wie angestrebt

– zu erholen. Auch außenwirtschaftlich ergaben sich kontraktive Wirkungen, denn mit steigenden Dollarkursen hielt die Verringerung der Wettbewerbsfähigkeit amerikanischer Produzenten im In- und Ausland an. Erst als in den USA zur Jahresmitte Maßnahmen zur Begrenzung des Budgetdefizits durch Steuererhöhungen ergriffen wurden, vor allem aber die Geldpolitik gelockert wurde, begannen die Zinsen deutlich zu sinken. Und in den letzten Monaten geriet, wohl auch im Hinblick auf die sich abzeichnende starke Passivierung der amerikanischen Leistungsbilanz, der Dollar schließlich unter Druck.

Wirtschaftspolitische Lockerung

Der Tendenzwandel auf den amerikanischen Finanzmärkten war deshalb von so großer Bedeutung, weil das hohe Zinsniveau in den USA dämpfend auf die gesamte Weltwirtschaft wirkte. So mußten die hoch verschuldeten Entwicklungsländer wegen der Zinsbelastung zu um so stärkeren Bremsmaßnahmen greifen, um ihre außenwirtschaftliche Lage zu konsolidieren. Vor allem aber sahen die wirtschaftspolitischen Instanzen in den westeuropäischen Industrieländern und in Japan ihren Handlungsspielraum außenwirtschaftlich eingeengt. Viele Zentralbanken ließen jedenfalls lange Zeit nur eine geringere Expansion der Geldmenge zu, als einer Potentialorientierung entsprochen hätte. Auch als die amerikanische Notenbank ab Mitte 1982 von ihrem Restriktionskurs abging und die Zinsen in den USA san-

Kennzahlen zur Weltkonjunktur

	Reales Bruttosozialprodukt (Vorjahresvergleich in %)				Verbraucherpreise (Vorjahresvergleich in %)				Wechselkurse ¹ (Vorjahresvergleich in %)		Arbeitslosenquoten ²	
	1973 bis 1980 ^a	1981	1982 ^b	1983 ^b	1973 bis 1980 ^a	1981	1982 ^c	1983 ^b	Dez. 1981	Dez. 1982	1981	1982 ^d
USA	2,7	1,9	-1,5	1,0	8,8	10,4	6,0	4,5	8,8	10,8	7,2	10,8
Kanada	3,4	3,1	-5,0	1,0	9,1	12,4	11,0	9,0	3,8	-1,8	7,6	12,6
Japan	4,4	2,9	2,5	1,5	9,9	4,9	3,0	3,5	1,1	-5,0	2,2	2,6
Westeuropa ³	2,7	-0,4	0,0	0,0	11,4	11,2	9,6	7,8	7,8	9,6
Belgien	2,9	-1,9	-0,5	0,0	8,0	7,6	9,0	8,0	-2,8	-9,6	9,7	11,0
BR Deutschland	2,6	-0,2	-1,0	-0,5	5,0	5,9	5,5	4,0	2,4	7,2	4,8	7,7
Dänemark	1,9	-0,2	1,0	0,0	10,8	11,7	10,0	8,0	-3,0	-0,3	8,3	9,1
Finnland	3,2	1,3	0,5	1,0	12,3	12,0	9,0	8,5	4,3	-4,3	5,3	6,4
Frankreich	3,2	0,2	1,0	-0,5	10,6	13,4	11,5	9,0	-6,8	-5,5	7,9	9,0
Großbritannien	1,7	-2,4	0,5	1,0	15,1	11,9	8,5	5,5	-7,1	-4,4	9,9	11,3
Italien	3,3	-0,2	-0,5	-1,0	16,2	19,5	16,5	15,5	-10,5	-2,6	8,4	9,2
Irland	3,8	1,1	1,0	1,0	14,9	20,4	17,5	13,0	-0,8	0,1	10,5	13,5
Niederlande	2,6	-1,1	-1,0	0,0	7,2	6,7	6,0	4,0	1,4	5,7	7,3	11,5
Norwegen	4,6	0,8	0,0	0,5	8,8	13,6	11,5	10,0	5,7	-4,0	1,5	2,4
Österreich	3,2	0,0	0,5	0,5	6,5	6,8	5,5	4,0	2,2	3,7	2,2	3,7
Schweden	2,0	-0,8	-1,5	0,0	9,9	12,1	8,5	8,5	-8,2	-14,1	2,5	4,1
Schweiz	0,6	2,7	-1,0	-0,5	4,6	6,5	5,5	4,5	15,3	-0,4	0,2	0,8
Spanien	3,2	0,3	1,0	1,0	17,1	14,6	14,5	13,0	-5,6	-13,1	13,9	17,5
OECD-Länder insgesamt ³	3,0	1,1	-0,5	0,5	10,1	10,0	7,3	5,9	6,6	8,9

¹ Außenwert der Währung; Gewichtung nach Außenhandelsanteilen im Jahre 1979. ² In % der Erwerbspersonen. ³ Gewichtung nach Bruttosozialprodukt bzw. privatem Verbrauch 1979 bzw. Erwerbspersonen 1980; Summe der aufgeführten Länder. ^a Durchschnittliche jährliche Veränderung. ^b Schätzung bzw. Prognose; Länderangaben auf halbe Prozente gerundet. ^c Teilweise geschätzt und auf halbe Prozente gerundet. ^d Letzter verfügbarer Monat; saisonbereinigt.

ken, wurde die Geldpolitik in anderen Ländern angesichts der zunächst anhaltenden Stärke des Dollars erst langsam gelockert. Eine Abwertung gegenüber dem – weiterhin starken – Dollar sollte nämlich möglichst vermieden werden, um den Stabilisierungsprozeß nicht zu verzögern. Tatsächlich hatte die Dollaraufwertung bis in den Sommer hinein in den meisten westeuropäischen Ländern eine weitere Dämpfung des Preisauftriebs erschwert. Erst im Laufe des zweiten Halbjahrs kam es in vielen Ländern zu einer deutlicheren Verlangsamung. Bei gleichzeitiger Lockerung der Geldpolitik ließ jetzt die monetäre Restriktion zumeist nach. Angesichts der sich verringernden Preissteigerungen sanken die Realzinsen allerdings nur langsam.

Der Grund dafür, daß die Politik des knappen und teuren Geldes nach der Zinswende in den USA in vielen anderen Ländern nur zögernd gelockert wurde, lag letztlich in noch zu geringen Fortschritten bei der Lösung der Anpassungs- und Stabilisierungsprobleme, deren Wurzeln weit in die Zeit vor den Ölpreisexpositionen zurückreichen. Häufig ist die notwendige Korrektur der Verteilungsrelationen zwischen Löhnen und Gewinnen kaum vorangekommen und ebensowenig die Anpassung der Staatsausgaben an den niedrigeren Wachstumspfad. Allerdings werden Konsolidierungserfolge in den Staatsfinanzen fast immer durch konjunkturbedingte Defizite überlagert. Wenn so die Folgen fundamentaler Fehlentwicklungen auch immer noch schwer wiegen, ist es doch bemerkenswert, daß sich die Wachstumsbedingungen zumindest in der Mehrzahl der führenden Industrieländer, nämlich in den USA, Japan, der Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien, deutlich gebessert haben.

Prognose unter hoher Unsicherheit

Da sich die Weltwirtschaft gegenwärtig nicht in einer der üblichen zyklischen Abschwungsphasen, sondern in einer tiefgreifenden Anpassungs- und Stabilisierungskrise befindet, muß die Prognose der weiteren Entwicklung über die gewohnten Konjunkturzusammenhänge hinausgreifen und die Fortschritte bei der Lösung der fundamentalen Wachstumsprobleme in den Industrieländern einschätzen. Überdies sind aufgrund der langen Dauer der weltweiten wirtschaftlichen Schwäche Elemente der Selbstverstärkung wirksam geworden. Besonders offensichtlich ist dies im außenwirtschaftlichen Bereich, wo mit der Verschuldungskrise vor allem einer steigenden Zahl von Entwicklungsländern und mit der Ausbreitung des Protektionismus in den Industrieländern schon länger erkannte Risiken so akut geworden sind, daß Prognosen allein dadurch mit hoher Unsicherheit belastet werden.

Die Zahl der Entwicklungsländer, die als typische Schuldnerländer nach der langen Phase hoher Zinsen auf den internationalen Finanzmärkten einerseits und der gleichzeitigen langen Rohstoffbaisse und Importdämpfung in den Industrieländern andererseits ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen können, steigt offenbar noch. Damit wächst die Gefahr, daß die Belastbarkeit des internationalen Bankensystems, das überdies umfangreiche Ausfälle bei Staatshandelsländern und Unternehmen in den Industrieländern selbst verkraften muß, überfordert und so schließlich mit dem Reißen von Kreditketten die Weltwirtschaft erschüttert wird. Gerade weil kein Land sich den verheerenden Folgen entziehen könnte, besteht indes einiger Grund zu der Annahme, daß die Kooperation von internationalen Institutionen, Regierungen, Zentral- und Geschäftsbanken noch intensiviert wird und sich eine Zuspitzung verhindern läßt. Restriktive Wirkungen sind allerdings unvermeidbar, schon weil die Schuldnerländer nicht um weitere Importeinschränkungen umhinkommen werden.

Bedrohlicher Protektionismus

Die Lage der in eine Verschuldungskrise geratenen Entwicklungsländer wird durch die beschleunigte Ausbreitung des Protektionismus in den Industrieländern erschwert. Unter dem Druck wachsender Arbeitslosigkeit suchen Parlamente und Regierungen immer häufiger durch Maßnahmen verschiedenster Art den Absatz heimischer Produkte zu Lasten ausländischer Konkurrenten zu fördern. Dabei wird in der Regel die Möglichkeit einer vorübergehenden Stützung der Beschäftigung in begrenzten Bereichen überbewertet, während die hohe Wahrscheinlichkeit größerer, nur nicht so genau zurechenbarer gesamtwirtschaftlicher Verluste wenig beachtet wird. Am schwersten wiegt die damit verbundene nachhaltige Verschlechterung der Wachstumsbedingungen. So erhöhen sich mit der wechselseitigen Aufschaukelung des Protektionismus überall die Exportrisiken, und dies wiederum bedeutet eine zunehmende Belastung der Investitionsneigung, nachdem die fortschreitende Öffnung der nationalen Märkte jahrzehntelang einer der wichtigsten Wachstumsimpulse war. Gleichwohl muß offenbar mit einer weiteren Verstärkung des Protektionismus gerechnet werden. Vielfach dürfte lediglich die Furcht vor unmittelbarer Vergeltung nationalwirtschaftliche Kurzsichtigkeit noch in Grenzen halten.

Angesichts der weltweit nach wie vor starken retardierenden Einflüsse stellt sich die Frage, ob die Besserung der Rahmenbedingungen, zu der es im Laufe des vergangenen Jahres in den USA und einer Reihe anderer Industrieländer gekommen ist, bereits für eine Bele-

bung von Nachfrage und Produktion ausreicht. Erste positive Reaktionen auf die Zinssenkungen wurden immerhin schon im vergangenen Jahr verschiedentlich im Wohnungsbau sichtbar. Dies spricht für die Annahme, daß der Zinsrückgang die Nachfrage von Investoren und Konsumenten stützen und schließlich anregen wird. Die Unsicherheit über Zeitpunkt und Ausmaß ist dabei zwar weiterhin groß, doch zeichnen sich Chancen ab, daß im Laufe des Jahres 1983 expansive Einflüsse, von lagerzyklischen Impulsen gefördert, allmählich wieder überwiegen.

Die Aussichten für eine Belebung der Nachfrage sind dabei in den USA sicherlich günstiger als in anderen Industrieländern. Einmal waren dort die fundamentalen Fehlentwicklungen von vornherein geringer, und zum anderen ist die monetäre Lockerung und Zinssenkung nach der deutlichen Eindämmung der Inflationserwartungen besonders ausgeprägt, wenngleich der Realzins – wohl vor allem wegen der finanzpolitischen Unsicherheiten – noch immer beträchtlich höher als in früheren Abschwungsphasen ist. Eine Zunahme der Nachfrage in den USA würde um so mehr auf die übrige Welt ausstrahlen, als die Wettbewerbsfähigkeit außeramerikanischer Produzenten aufgrund der kräftigen Aufwertung des US-Dollars in den letzten beiden Jahren hoch ist. Nicht zuletzt die sich anbahnende starke Passivierung der amerikanischen Leistungsbilanz beginnt allerdings nunmehr die Position des Dollars zu schwächen. Dieser Tendenzwandel wird wiederum dazu beitragen, daß die monetäre Lockerung auch außerhalb der USA fortgeführt wird, namentlich in den Ländern, die erhebliche Stabilisierungsfortschritte erzielt haben.

Noch erhebliche Wachstumshemmungen

Die Wachstumshemmungen sind indes weiterhin sehr stark. Während sie in Japan vor allem externer Natur sind – so wird sein Export in besonderem Maße durch protektionistische Praktiken beeinträchtigt –, spielen in Westeuropa interne Faktoren nach wie vor eine entscheidende Rolle. Vor allem ist hier vielfach die notwendige Korrektur der Verteilungsrelationen zugunsten der Gewinne zu wenig vorangekommen, um wachstumsfreundlichere Rahmenbedingungen zu schaffen. Über den engen Konjunkturverbund sind derartige Bremsfaktoren auch für westeuropäische Volkswirtschaften wirksam, die – wie Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland – deutlichere Anpassungs- und Stabilisierungsfortschritte erzielt haben.

Selbst wenn es zu der prognostizierten allmählichen Stärkung expansiver Kräfte im Verlauf dieses Jahres kommt – zuerst in den USA, danach auch in Japan und Westeuropa –, wird dies voraussichtlich nicht mehr ver-

hindern, daß Nachfrage und Produktion in den Industrieländern 1983 im Jahresergebnis nur geringfügig höher sein werden als im Vorjahr. In einer Reihe westeuropäischer Volkswirtschaften wird es wohl sogar zu einem Rückgang kommen, und Länder mit einer Wachstumsrate von 1 oder 2 %, wie sie für die USA und Japan wahrscheinlich ist, dürften bereits die Spitze der Wachstumsskala einnehmen. Die weiterhin schleppende Entwicklung der Gesamtnachfrage wird zunächst auch noch den Außenhandel prägen; erst im späteren Verlauf des Jahres dürften, nicht zuletzt unter dem Einfluß sich belebender Lagerdispositionen, Anregungen spürbar werden. Den leichten Impulsen von Seiten der Industrieländer werden voraussichtlich kontraktive Einflüsse von Seiten der Rohstoffländer gegenüberstehen. Zwar ist damit zu rechnen, daß sich die Einfuhr der Erdölexportländer nach der Anpassung an die unerwartet niedrigen Öleinnahmen allmählich wieder stabilisiert. Aber in vielen anderen Entwicklungsländern ist aufgrund der außenwirtschaftlichen Konsolidierungszwänge eine Einschränkung des Imports wahrscheinlich. Insgesamt wird so der Welthandel 1983, wenn auch mit im Verlauf wieder steigender Tendenz, das dritte Jahr in Folge wohl nur knapp das Vorjahrsvolumen erreichen.

Wirtschaftspolitik mit wenig Spielraum

Trotz sich weiter bessernder Rahmenbedingungen – die Inflation dürfte in fast allen Industrieländern weiter nachlassen und das Zinsniveau sinken – kann nach alledem auch für 1983 günstigstenfalls mit einer Tendenzwende zum Besseren, aber sicher noch nicht mit großen Fortschritten bei der Überwindung der weltweiten Wachstumsschwäche gerechnet werden. Offensichtlich reagiert die Nachfrage nach den langjährigen Fehlentwicklungen auf positive Anstöße nur mit Verzögerung, auch weil mittlerweile selbstverstärkende Elemente wirksam geworden sind. Damit überlagern sich jetzt in der Weltwirtschaft fundamentale und konjunkturelle Schwächefaktoren. Bei der weiter zunehmenden Arbeitslosigkeit gerät die Wirtschaftspolitik verstärkt unter Handlungsdruck, ohne daß sich ihr Spielraum nennenswert vergrößert hätte. So wird die Finanzpolitik schon durch die Höhe der Staatsdefizite vielfach auf einen Konsolidierungskurs gedrängt, der kurzfristig eher kontraktiv wirkt. Die Geldpolitik der Industrieländer aber kann den Zinssenkungsprozeß nach einer Rückkehr von der Restriktion zur potentialorientierten Expansion kaum weiter forcieren, will sie nicht die Gefahr eines Wiederaufflammens der Inflationserwartungen und damit der erneuten Verschlechterung der Wachstumsbedingungen heraufbeschwören: Die Lösung der weltweiten Anpassungs- und Stabilisierungsprobleme würde nicht erleichtert, sondern weiter verzögert.